

Inhaltsverzeichnis

Problemstellung	1
------------------------------	----------

Erstes Kapitel:

Wirtschaftliche Betrachtungsweise und Objektivierungsprinzip als Leitprinzipien der handelsrechtlichen GoB

I. Wirtschaftliche Betrachtungsweise als Leitmotiv des Handelsbilanzrechts	8
1. Einbettung der wirtschaftlichen Betrachtungsweise in das System der GoB.....	8
a) <i>Systemcharakter und Ermittlung handelsrechtlicher GoB.....</i>	8
aa) Auslegungsbedürftigkeit der GoB als offenes und lückenloses Gefüge kodifizierter und nicht kodifizierter Normen.....	8
bb) Auslegungsmethodik zur Ermittlung des GoB-Systems und der diesem zuordenbaren Einelnormen	10
aaa) Deduktiver und induktiver Ansatz	10
i) Notwendigkeit des Rückgriffs auf übergeordnete Prinzipien und deren Auslegung anhand des Bilanzzwecks im Sinne der Deduktion.....	10
ii) Unvereinbarkeit der induktiven Herleitung von GoB mit dem geltenden Bilanzverständnis.....	11
bbb) Hermeneutische Ermittlung der GoB anhand des Wortsinns, der Historie, der Systematik sowie des Zwecks..	13
i) Teleologische Auslegung als primäre Methode zur Ermittlung der GoB.....	13
ii) Grammatische, historische und systematische Auslegung als ergänzende Methoden.....	14
cc) Auswirkungen von Interdependenzen zwischen Handels- und Steuerbilanzrecht für die Ermittlung der GoB	15
aaa) Grundsatz der Maßgeblichkeit der handelsrechtlichen GoB für die Steuerbilanz.....	15
bbb) Implikationen der Vorfragenkompetenz des Bundesfinanzhofs für die Ermittlung handelsrechtlicher GoB	17

b) <i>Wirtschaftliche Betrachtungsweise als Anwendungsform einer auf den Sinn und Zweck gerichteten Auslegung</i>	18
aa) Geltender Bilanzzweck im Sinne einer ausschüttungsstatistischen Bilanzauffassung	18
aaa) Vorrang der Gewinnanspruchsermittlungsfunktion	18
i) Gewinnanspruchsermittlung als primärer Zweck der Bilanz im Rechtssinne	18
ii) Substantiierung der Gewinnanspruchsermittlung durch den Gläubigerschutzgedanken und die Interessenvertretung der Anteilseigner	20
iii) Bilanztheoretische Abgrenzung der Ausschüttungsstatistik	21
a) Abgrenzung zur dynamischen Bilanztheorie	21
b) Abgrenzung zur Fortführungs-, Zerschlagungs- und Zeitwertstatistik	23
bbb) Subsidiäre Informationsfunktion durch Einblick in Handelsgeschäfte und Vermögenslage des Kaufmanns im Sinne der Abkopplungsthese	25
ccc) Relevanz von über das Handelsbilanzrecht hinausgehenden Prinzipien des Steuerbilanzrechts für die Auslegung handelsrechtlicher GoB	28
bb) Wirtschaftliche Betrachtungsweise als Ausfluss der teleologischen Auslegung	31
aaa) Wirtschaftliche Betrachtungsweise als Instrument zur Konkretisierung übergeordneter GoB	31
bbb) Abgrenzung der Bilanz im Rechtssinne zur rein betriebswirtschaftlichen Bilanz als Wechselbeziehung zwischen Bilanzzweck und GoB	32
2. Konkretisierungen der wirtschaftlichen Betrachtungsweise im System der GoB	33
a) <i>Vermögensermittlungs- und Gewinnermittlungs-GoB als Rahmenprinzipien für die Gewinnanspruchsermittlung</i>	33
b) <i>Vorsichtsprinzip als Ausprägung der bilanziellen Schutzfunktion</i>	35
c) <i>Realisationsprinzip als Maßstab und Periodisierungsgrundsatz für die Aktivierung und Passivierung</i>	37
aa) Ausprägung als Anschaffungswert- und Abschreibungsprinzip	37

bb)	Ausprägung als Nettorealisationsprinzip	38
aaa)	Notwendigkeit der Berücksichtigung umsatzinduzierter Aufwendungen	38
bbb)	Herleitung des Nettorealisationsprinzips mithilfe hermeneutischer Auslegung.....	41
d)	<i>Imparitätsprinzip zur vorsichtigen Antizipation von Verlustrisiken im Sinne der Ausschuttdungsstatistik</i>	42
e)	<i>Unternehmensfortführungsprinzip als zukunftsorientierter Bewertungsmaßstab.....</i>	43
II.	Objektivierungsprinzip als ergänzendes und einschränkendes Kriterium zur Verwirklichung des Bilanzzwecks	46
1.	Objektivierung als Ausprägung des Grundsatzes der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit.....	46
2.	Konkretisierungen des Objektivierungsprinzips.....	48
a)	<i>Einzelbewertungsprinzip</i>	48
b)	<i>Stichtagsprinzip</i>	49
c)	<i>Vollständigkeitsprinzip</i>	50
III.	Interaktion von wirtschaftlicher Betrachtungsweise und Objektivierungsprinzip	52
1.	Einfluss des Objektivierungsgedankens auf die Relation von formalrechtlicher und wirtschaftlicher Betrachtungsweise.....	52
2.	Bedeutung des Grundsatzes der Vorherigkeit des Zivilrechts.....	53
3.	Zusammenwirken von Objektivierungs- und Vorsichtsprinzip bei der Passivierung	55

Zweites Kapitel:
Grundsätze ordnungsmäßiger Rückstellungsbilanzierung

I.	Grundsätze für den Ansatz von Verbindlichkeiten und Rückstellungen.....	57
1.	Prinzip der wirtschaftlichen Vermögensbelastung.....	57
a)	<i>Grundsatz der Passivierung wirtschaftlicher Lasten</i>	57
b)	<i>Herleitung eines einheitlichen Kriteriums für Verbindlichkeitsbegriff und Passivierungszeitpunkt</i>	59
aa)	Definitionslücken des Vermögenslastprinzips	59

bb)	Maßgeblichkeit des Kriteriums der unkompenzierten Last für Verbindlichkeitsbegriff und Passivierungszeitpunkt.....	59
c)	<i>Zeitpunkt der wirtschaftlichen Vermogensbelastung als maßgebliches Kriterium für die Passivierung</i>	60
aa)	Künftiger Aufwendungsüberschuss als alleinige Passivierungsvoraussetzung.....	60
aaa)	Konzept der unkompenzierten Last als Ausfluss wirtschaftlicher Betrachtungsweise	60
bbb)	Abgrenzung von mittelbar und unmittelbar zuordenbaren Aufwendungen zu realisierten Erträgen.....	63
i)	Unmittelbare Zuordenbarkeit künftiger Aufwendungen zu bereits realisierten Erträgen	63
ii)	Mittelbare Zuordenbarkeit künftiger Aufwendungen zu bereits realisierten Erträgen	64
α)	Konkretisierte Zugehörigkeit künftiger Aufwendungen bei fehlendem Umsatzakt ..	64
β)	Einbettung der mittelbaren Zuordenbarkeit von Aufwendungen und Erträgen in das System der GoB	65
ccc)	Bilanztheoretische Einordnung des Realisationsprinzips als Passivierungskriterium	66
i)	Konkretisierte Zugehörigkeit als Ausfluss des ausschüttungsstatistischen, nicht dynamischen Bilanzverständnisses	66
ii)	Abgrenzung der Alimentationsthese zum <i>Matching Principle</i> der internationalen Rechnungslegungsstandards	68
bb)	Teilwertthese als Ausfluss der bilanziellen Schutzfunktion	69
aaa)	Orientierung an der steuerrechtlichen Erwerberfiktion	69
bbb)	Bilanztheoretische Einordnung der Teilwertthese für Passivierungszwecke	70
d)	<i>Relevanz der rechtlichen Entstehung einer Verpflichtung im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Betrachtungsweise und Objektivierungserfordernis.....</i>	71
aa)	Rechtliche Vollentstehung und wirtschaftliche Verursachung als Passivierungskriterien der Rechtsprechung	71

aaa)	Fragwürdige Maßgeblichkeit des früheren der beiden Zeitpunkte aus rechtlicher Vollentstehung und wirtschaftlicher Verursachung	71
bbb)	Kriterium der rechtlichen Vollentstehung.....	74
i)	Rechtliche Vollentstehung bei Erfüllung aller rückstellungsgrundenden Tatbestandsmerkmale	74
ii)	Innere und äußere Wirksamkeit von öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen als Annäherung an eine der wirtschaftlichen Betrachtungsweise entsprechenden Bilanzierungslösung	75
ccc)	Kriterium der wirtschaftlichen Verursachung.....	76
i)	Ermessensspielräume bei der Bestimmung der wirtschaftlichen Verursachung.....	76
ii)	Wirtschaftlich wesentliche Tatbestandsmerkmale	78
α)	Wirtschaftlich wesentliche Tatbestandsmerkmale als Teilmenge der zur rechtlichen Vollentstehung notwendigen Kriterien.....	78
β)	Fehlende Eindeutigkeit des Begriffs der Wesentlichkeit.....	80
iii)	Voraussetzung des Anknüpfens an Vergangenes und dessen Abgeltung	81
iv)	Konkretisierte Zugehörigkeit zukünftiger Aufwendungen zu bereits realisierten Erträgen zur Bestimmung der wirtschaftlichen Verursachung im Rahmen des Doppelkriteriums der Rechtsprechung.....	83
α)	Rückgriff auf die Alimentationsthese	83
β)	Eingeschränkte Zweckmäßigkeit des Rückgriffs auf die konkretisierte Zugehörigkeit künftiger Aufwendungen zu bereits realisierten Erträgen im Rahmen des Doppelkriteriums	85
v)	Unentziehbarkeit als potenzielle Voraussetzung für eine Verbindlichkeitsrückstellung	86
α)	Einordnung des Unentziehbarkeitsprinzips in das Gemenge bekannter Passivierungskriterien	86

β)	Anwendbarkeit des Unentziehbarkeitsprinzips unter Berücksichtigung der Unternehmensfortführungsprämisse gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB	87
γ)	Differenzierung zwischen rechtlicher und wirtschaftlicher Unentziehbarkeit sowie Auswirkungen auf die wirtschaftliche Vermögensbelastung	88
bb)	Kompatibilität der Alimentationsthese mit dem Objektivierungsprinzip und seinen Konkretisierungen	89
aaa)	Implikationen des alleinigen Heranziehens des Realisationsprinzips für die Bedeutung der rechtlichen Entstehung von Verbindlichkeiten	89
i)	Rückstellungsbegrenzende Wirkung des Realisationsprinzips bei rechtlich vollentstandenen Verbindlichkeiten	89
ii)	Rechtliche Entstehung als subsidiäres Passivierungskriterium	91
bbb)	Konformität des Realisationsprinzips als Passivierungskriterium mit dem Vorsichts- und Vollständigkeitsgebot sowie dem Saldierungsverbot	91
i)	Einhaltung des Vorsichtsprinzips	91
ii)	Wahrung des Vollständigkeitsgebots bei Passivierung wirtschaftlich belastender Verpflichtungen	93
iii)	Vereinbarkeit der konkretisierten Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen mit dem Saldierungsverbot	95
ccc)	Auswirkungen des Rückgriffs auf das Realisationsprinzip für die Bildung von Ansammlungsrückstellungen für Rekultivierungs- und Rückbauverpflichtungen	96
i)	Umsatzportionale Bildung echter Ansammlungsrückstellungen unter Wahrung des Objektivierungs- und Vorsichtsprinzips	96
ii)	Passivierung unechter Ansammlungsrückstellungen in Höhe der ausstehenden unkom pensierten Last	98

2. Prinzip der Verpflichtung gegenüber Dritten	100
a) <i>Notwendige Greifbarkeit von wirtschaftlichen Vermögensbelastungen</i>	100
b) <i>Außenverpflichtungsprinzip nach herrschender ausschüttungsstatistischer Bilanzauffassung</i>	101
aa) Verpflichtung gegenüber einem Dritten als Passivierungsvoraussetzung.....	101
bb) Erfüllung des Außenverpflichtungsprinzips in Abhängigkeit der Verpflichtungsgrundlage	103
aaa) Ansatz rein wirtschaftlicher Lasten bei faktischem Leistungzwang	103
bbb) Konkretisierende Kriterien bei öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen	105
i) Formulierung eines Handlungsziels	105
ii) Zeitliche Konkretisierung des Handlungsziels	106
iii) Sanktionsbewehrung zur Sicherung der Durchsetzbarkeit	107
cc) Unerheblichkeit des eigenbetrieblichen Interesses des Kaufmanns für die Passivierung faktischer Verpflichtungen	109
dd) Frage des Zeitpunkts des Erstarkens zur Außenverpflichtung bei Restrukturierungsverpflichtungen.....	110
aaa) Kollektivverpflichtungen im Rahmen eines Sozialplans	110
bbb) Individualverpflichtungen im Rahmen eines Abfindungsvertrags	113
ccc) Nicht passivierungsfähige Restrukturierungsmaßnahmen ohne Außenverpflichtungscharakter	114
c) <i>Restriktionen zur Passivierungsfähigkeit von Innenverpflichtungen</i>	114
aa) Zeitliche und sachliche Objektivierung als Passivierungsvoraussetzung für Innenverpflichtungen gemäß § 249 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 HGB	114
bb) Bilanztheoretische Einordnung von Innenverpflichtungen	115
aaa) Unvereinbarkeit der Passivierung von Innenverpflichtungen mit dem ausschüttungsstatistischen Bilanzverständnis	115
bbb) Ansatz von Aufwandsrückstellungen als Verrechnungsposten im Sinne einer überkommenen dynamischen Bilanzauffassung.....	116

cc)	Passivierungsfähigkeit von unselbstständigen Nebenpflichten	117
3.	Prinzip der objektivierten Mindestwahrscheinlichkeit	118
a)	<i>Wahrscheinlichkeit des Be- oder Entstehens sowie der Inanspruchnahme</i>	118
b)	<i>Zweckadquate Maßstäbe für die Bewertung der Wahrscheinlichkeit</i>	119
aa)	Gefahr der Scheinobjektivierung bei Versuch der Wahrscheinlichkeitsquantifizierung.....	119
bb)	Vermutung einer Mindestwahrscheinlichkeit bei regelmäßiger Inanspruchnahme oder Tatsachen am Bilanzstichtag.....	120
cc)	Relevanz der Kenntnis des Anspruchsgläubigers bei zweiseitigen Rechtsgeschäften und einseitigen zivilrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen.....	122
c)	<i>Differenzierte Ausprägung der Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme zur Abgrenzung von gewissen Verbindlichkeiten und Rückstellungen.....</i>	124
4.	Relevanz von Erfolgsneutralitäts- und Erfolgswirksamkeitsprinzip für die Rückstellungspassivierung	125
a)	<i>Abgrenzung von Rückstellung und Verbindlichkeit anhand synallagmatisch unmittelbar zuzuordnendem Vermögenszugang</i>	125
b)	<i>Auswirkungen der wirtschaftlichen Betrachtungsweise im Sinne des Erfolgsneutralitätsprinzips für die Bilanzierung von aus künftigen Gewinnen zu erfüllenden Verpflichtungen</i>	126
c)	<i>Gebot der erfolgsneutralen Bilanzierung von Anschaffungs- oder Herstellungskosten</i>	130
aa)	Grenzen des handelsrechtlichen Anschaffungswertprinzips und der steuerrechtlichen Vorschriften gemäß § 5 Abs. 4b S. 1 EStG....	130
bb)	Bedeutung der Abgrenzung von Herstellungskosten und bloßem Erhaltungsaufwand	132
5.	Voraussetzungen für die Auflösung einer Rückstellung	133
II.	Grundsätze für die Zugangs- und Folgebewertung von Verbindlichkeits- und Aufwandsrückstellungen	136
1.	Erfüllungsbetragsprinzip.....	136
a)	<i>Ermittlung des vollen Erfüllungsbetrags für gewisse und ungewisse Verbindlichkeiten in der Handelsbilanz</i>	136
aa)	Erfüllungsbetrag im Sinne einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung für die Bewertung von Rückstellungen	136
bb)	Erfüllungsbetrag bei der Bewertung gewisser Verbindlichkeiten	138

cc) Erfüllungsbetrag bei Geld-, Sach- und Dienstleistungsverpflichtungen.....	139
b) Durchbrechung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes durch steuerbilanzielle Vorschriften	140
c) Berücksichtigung gegenläufiger Erlöse	141
aa) Auswirkungen des Saldierungsverbots auf die Abbildung in der Handelsbilanz	141
bb) Konkretisierungen des Einkommensteuergesetzes und der Rechtsprechung zur Abbildung in der Steuerbilanz.....	142
2. Stichtagsprinzip.....	143
a) Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostenentwicklungen.....	143
aa) Pflicht zur Abbildung von Preis- und Kostenänderungen in der Handelsbilanz	143
aaa) Notwendigkeit der Antizipation von positiven und negativen Preis- und Kostenänderungen als Ausfluss des Erfüllungsbetragsprinzips	143
bbb) Einschränkungen des Objektivierungsprinzips aufgrund fehlender Vorschriften zur Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostenänderungen	145
bb) Verbot der Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen in der Steuerbilanz.....	146
b) Abzinsung	147
aa) Diskontierungsgebot	147
aaa) Abzinsungspflicht für langfristige Rückstellungen in der Handelsbilanz	147
i) Diskontierungspflicht für Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	147
ii) Relation des Abzinsungsgebots zum Realisationsprinzip.....	149
bbb) Einschränkung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes durch abweichende Regeln des Einkommensteuergesetzes	152
bb) Diskontierungssatz.....	154
aaa) Ermittlung des Diskontierungssatzes in der Handelsbilanz	154

i) Implikationen der Verwendung eines Durchschnittszinssatzes unter Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen	154
ii) Keine Berücksichtigung des unternehmensspezifischen Bonitätsrisikos	156
iii) Äußere Kaufkraftäquivalenz bei nicht in Euro zu begleichenden Verpflichtungen.....	158
bbb) Objektivierungsbedingte Festschreibung des Diskontierungssatzes im Steuerbilanzrecht.....	159
cc) Diskontierungszeitraum	161
3. Einzelbewertungsprinzip	162
III. Grundsätze für die Bilanzierung von Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	164
1. Drohverlustrückstellungen als imparitätsprinzipskonforme Ausnahme des Grundsatzes der Nichtbilanzierung schwebender Geschäfte	164
a) <i>Grundsatz der Nichtbilanzierung schwebender Geschäfte</i>	164
aa) Das „schwebende Geschäft“ als undefinierter Rechtsbegriff	164
aaa) Begriffsbestimmung des „schwebenden Geschäfts“ im Sinne der wirtschaftlichen Betrachtungsweise.....	164
bbb) Zeitliche Erstreckung des Schwebezustands.....	166
i) Notwendigkeit der weiten Auslegung des Beginns des schwebenden Geschäfts	166
ii) Ende des schwebenden Geschäfts bei Erfüllung durch den Sach- oder Dienstleistungsverpflichteten	168
bb) Gründe für die Nichtbilanzierung	169
aaa) Vereinfachung der Bilanz aufgrund der Ausgeglichenheitsvermutung als überholte Begründung....	169
bbb) Realisationsprinzip als bilanzzweckadäquate Begründung	170
b) <i>Durchbrechung des Grundsatzes der Nichtbilanzierung schwebender Geschäfte zur Verlustantizipation.....</i>	172
aa) Begründung der Bilanzierung von Verlusten aus schwebenden Geschäften durch das ausschüttungsstatistisch verstandene Imparitätsprinzip.....	172

bb)	Definition des Verlustbegriffs als Verpflichtungsüberschuss im Sinne einer unkompenzierten Last als wirtschaftliche Belastung des Kaufmannsvermögens	173
cc)	Entkräftung der Ausgeglichenheitsvermutung bei hinreichender Wahrscheinlichkeit eines Verpflichtungsüberschusses	174
c)	<i>Passivierung drohender Verluste aus unterschiedlichen Schuldverhältnissen</i>	175
aa)	Drohverlustrückstellungen bei Beschaffungsgeschäften	175
aaa)	Rückstellungen für drohende Verluste aus schwedenden Beschaffungsgeschäften als vorweggenommene außerplanmäßige Abschreibung	175
bbb)	Differenzierter Verlustmaßstab bei Beschaffungsgeschäften über Vermögensgegenstände des Anlage- und Umlaufvermögens sowie nicht aktivierbarer Leistungen	176
bb)	Drohverlustrückstellungen bei Absatzgeschäften	178
cc)	Drohverlustrückstellungen bei Dauerschuldverhältnissen	179
aaa)	Zeitliche Eingrenzung des Betrachtungshorizonts der einzubeziehenden Aufwendungen und Erträge.....	179
bbb)	Typisierungsvermutung der Ausgeglichenheit aufgrund des nicht ermittelbaren wirtschaftlichen Nutzens der zu empfangenden Leistung bei Dauerbeschaffungsgeschäften	181
ccc)	Vollkostenansatz zur Bestimmung der Aufwendungen bei der Verlustermittlung von Dauerabsatzgeschäften.....	183
d)	<i>GoB-widriges Passivierungsverbot von Drohverlustrückstellungen in der Steuerbilanz</i>	184
aa)	Durchbrechung des Maßgeblichkeitsprinzips aufgrund fiskalischer Interessen.....	184
bb)	Frage der Verfassungskonformität des steuerbilanziellen Passivierungsverbots.....	186
2.	Bilanzsystematische Einordnung von Drohverlustrückstellungen	187
a)	<i>Abgrenzung zu Verbindlichkeitsrückstellungen</i>	187
aa)	Abgrenzung zur Verbindlichkeitsrückstellung anhand des Realisations- und Imparitätsprinzips.....	187
bb)	Abgrenzung zur Verbindlichkeitsrückstellung innerhalb des schwedenden Geschäfts	189

aaa)	Andauern des Schwebzustands als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für eine Drohverlustrückstellung	189
bbb)	Wirtschaftlicher Erfüllungsrückstand als Passivierungsvoraussetzung für Verbindlichkeitsrückstellungen bei Dauerschuldverhältnissen	190
b)	<i>Vorrang der außerplanmäßigen Abschreibung bei drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften</i>	192
3.	Abgrenzung des Kompensationsbereichs bei Drohverlustrückstellungen	193
a)	<i>Maßgeblichkeit des bilanzrechtlichen Synallagmas für die Ermittlung des Saldierungskreises als im Sinne der wirtschaftlichen Betrachtungsweise geprägtes Austauschverhältnis</i>	193
b)	<i>Bilanzzweckadäquate Ermittlung der aus dem zugrunde liegenden Geschäft resultierenden Ansprüche und Vorteile vor dem Hintergrund des Objektivierungserfordernisses</i>	195
aa)	Inkompatibilität der Fiktion der Bruttobilanzierung des schwebenden Geschäfts mit dem ausschüttungsstatischen Bilanzverständnis	195
bb)	Notwendigkeit der Objektivierung bei der Bestimmung der im Rahmen des bilanzrechtlichen Synallagmas einzubehaltenden Vorteile	197
aaa)	Bilanzrechtliches Synallagma als größtmögliche Ausdehnung des Kompensationsbereichs	197
bbb)	Objektivierungsbedingte Eingrenzung des saldierungsfähigen wirtschaftlichen Vorteilsflusses	198
i)	<i>Kausale Zurechenbarkeit als notwendiges Kriterium zur Bestimmung saldierungsfähiger Vorteile</i>	198
α)	Wirtschaftlicher Vorteil als Resultat des zugrunde liegenden Geschäfts	198
β)	Berücksichtigung auch aus Verträgen mit Dritten entstehender Vorteile bei nachweisbarer Kausalität	199
ii)	Unerheblichkeit des Charakters des wirtschaftlichen Vorteils als vom Vertragspartner anerkannte Leistung sowie Subsidiarität der Marktüblichkeit des Vorteils ...	200

ccc) Berücksichtigung auch mittelbarer Vorteile und deren Objektivierung am Beispiel des Apothekerfalls.....	200
c) <i>Evaluation der GoB-Konformität des Abzinsungsgebots von Drohverlustrückstellungen</i>	202
Thesenförmige Zusammenfassung.....	205
Verzeichnis abgekürzt zitierter Schriften.....	210
Verzeichnis zitierter Schriften.....	213
Verzeichnis zitierter Rechtsprechung	252
Verzeichnis zitierter Verlautbarungen von Fachnormsetzern.....	258
Verzeichnis zitierter amtlicher Drucksachen	259
Verzeichnis zitierter Gesetze und Verordnungen	260
Stichwortverzeichnis	261